



KÖLN ZEIGT HALTUNG!

Das Bündnis „Köln zeigt Haltung!“ begrüßt und unterstützt die Initiative, das Kölner Ausländeramt interkulturell stärker zu öffnen, und zu einer Institution, die sich ihrer Bedeutung bei der Integration von Eingewanderten bewusst ist, weiterzuentwickeln.

Wir freuen uns sehr, wenn es gelingt, den Gedanken des „Willkommens“ gegenüber Menschen nicht-deutscher Nationalität ernst zu nehmen und umzusetzen.

Dabei geht es nicht nur um eine kultursensible und freundlich-verbale Kommunikation, sondern auch um Klarheit und Menschenfreundlichkeit in der Umsetzung rechtlicher Regelungen unter Ausschöpfung aller vorhandener Ermessensspielräume.

„Köln zeigt Haltung“ hat schon zu seiner Gründung 2018 die wichtigsten Anliegen in drei Aufrufen sehr deutlich gemacht, die ihre Bedeutung aktuell nicht verloren haben, im Gegenteil, wir rufen erneut auf und stellen klar:

» **AUFNEHMEN STATT ABSCHOTTEN!**

Die Situation an den EU-Außengrenzen ist weiterhin menschenverachtend.

Wir fordern die Stadt Köln auf, in ihrer Bereitschaft, Geflüchtete aufnehmen zu wollen,

nicht nachzulassen - und sowohl neue rechtliche Entscheidungen wie auch bestehende Handlungsmöglichkeiten aktiv positiv zu nutzen.

Wir brauchen Unterstützung für die Einreise von Menschen aus Afghanistan, die mit deutschen Organisationen zusammengearbeitet haben!

Wir brauchen schnelle und faire Entscheidungen in Hinblick auf Familienzusammenführungen - in Hinblick auf Afghanistan, aber auch viele weitere Herkunftsländer.

Es geht um die Beschleunigung aller Verfahren, um schnell Sicherheit zu schaffen.

Aktuell geht es auch um die Wiederaufnahme von Familienzusammenführungen, die die neuen rechtlichen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes mitberücksichtigen: Minderjährig eingereiste unbegleitete Asylsuchende haben ein Recht auf Familienzusammenführung mit ihren Familien, wenn sie den Asylantrag, der später erfolgreich beschieden wurde, als Minderjährige stellten, auch, wenn der Antrag erst nach ihrer Volljährigkeit entschieden wurde. Auch heranwachsende Kinder haben ein Recht auf Familienzusammenführung mit ihren Eltern, wenn sie noch minderjährig (U18) waren, als die Eltern Asylantrag in Deutschland stellten, der später positiv entschieden wurde!

» **HIERBLEIBEN STATT ABSCHIEBEN!**

Wir begrüßen das Bleiberechtsprogramm für langjährig Geduldete in Köln. Aber es bedarf der Nachbesserung:

Unabhängig von der Festlegung etwaiger Aufnahmequoten für das Programm muss es für alle anderen Menschen, die die Kriterien für die Aufnahme erfüllen, klar sein, dass auch sie nicht abgeschoben werden! Das gilt auch für Menschen mit mehrjähriger Aufenthalts-erlaubnis in D, die aktuell plötzlich - z.B. wegen fehlender Sicherung ihres Lebensunterhalts - zur Ausreise aufgefordert werden. Ggf. fordern wir hierzu auch eine Erweiterung des Programms.

Wir erwarten zudem eine öffentliche Aussage der Stadt dazu, dass sie die Menschen, die das geplante „Chancen-Aufenthaltsrecht“ der Bundesregierung nach fünf Jahren Aufenthalt in D zum Stichtag 01.01.2022 in Anspruch nehmen könnten, ab sofort von Abschiebungsandrohungen und -maßnahmen ausnimmt.

Wir erwarten, dass der besondere Schutzbedarf von Erkrankten und von Kindern deutlich erkannt und bei allen aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen deutlich berücksichtigt wird!

Außerdem darf es auch Geflüchteten nicht selbst angelastet werden, wenn sie ihren Mitwirkungspflichten bei der Identitätsklärung nicht nachkommen können, weil die Institutionen ihres Herkunftslandes nicht ausreichend kooperieren, oder weil sich die Betroffenen die hierfür teilweise sehr hohen Kosten finanziell nicht leisten können.

Staatenlose sollen eigentlich einen leichteren Zugang zum Aufenthaltstitel haben - in vielen Fällen wird ihnen dieser durch die hohen bürokratischen Auflagen der Identitätsklärung aber eher erschwert. Hier müssen die Anforderungen überprüft werden.

Eine der spezifischen Gruppen, die auch unseren Schutz braucht, ist die Gruppe der Drittstaatsangehörigen aus der Ukraine, die nach Deutschland geflohen ist und hier ausharrt, weil sie keine Rückkehrperspektive in das Land ihrer Herkunftsnationalität sieht.

Wir fordern eine Gleichbehandlung mit allen anderen Geflüchteten aus der Ukraine!

» **SOLIDARITÄT STATT HETZE!**

Wir sind hier und wir sind viele - „mer stonn zesamme“!

Geflüchtete sind hier - sehr diverser Nationalität und mit sehr diversen Fluchtgründen.

Wir setzen uns entschieden dagegen ein, dass es ein Zwei- und Mehr-Klassensystem unter und gegenüber Geflüchteten geben muss.

Alle haben das Recht auf das Lernen der Sprache, auf Ausbildung und Arbeit, auf eine menschenwürdige Unterbringung, auf diskriminierungsfreie Behandlung!

Das hilft Geflüchteten - egal, ob sie in Deutschland bleiben, zurück- oder weiterwandern. Und davon profitiert auch unsere einheimische Gesellschaft, die wir weiterhin gemeinsam und zukunftsorientiert gestalten wollen.

Wir sind auf die Unterstützung vielfältiger Menschen angewiesen.

Nur zusammen können wir die vielfältigen Krisen der Welt meistern!